

## Korruption und passives Wahlrecht

**(23.01.2025)** Etwa zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung sprechen sich dafür aus, korrupten Politiker:innen das passive Wahlrecht auf Lebenszeit zu entziehen. Ungefähr ebenso viele sind mit den Antikorruptionsmaßnahmen der bisherigen Bundesregierung unzufrieden.

76% der Österreicher:innen nehmen ein hohes Maß an Korruption in der Politik wahr. Noch stärker ausgeprägt ist aus Sicht der Bevölkerung die Korruption in der heimischen Wirtschaft, etwa durch Preisabsprachen oder Bestechung - 83% schätzen diese als sehr oder eher hoch ein. Der öffentliche Dienst schneidet mit 48% etwas besser ab. Das zeigte eine Ende 2024 durchgeführte Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts.

### Entzug der Wählbarkeit für korrupte Politiker:innen

Eine große Mehrheit der Bevölkerung (88%) spricht sich dafür aus, Politiker:innen, die wegen Korruptionsdelikten verurteilt wurden, das passive Wahlrecht bzw. die Wählbarkeit abzuerkennen.

65% der Befragten plädieren dabei für einen lebenslangen, 23% für einen zeitlich begrenzten Entzug - etwa für die Dauer der Freiheitsstrafe oder für eine bestimmte Anzahl von Legislaturperioden. Die ÖVP-Anhänger:innen zeigen sich hier toleranter als Sympathisant:innen anderer Parteien: 53% sprechen sich für eine lebenslange, 32% für eine temporäre Sperre aus.

*„Integrität und Transparenz sind zentrale Anforderungen an die politische Führung, Korruption gilt als absolutes No-Go. Das erklärt den hohen Zustimmungsgrad für Sanktionen, die eine weitere politische Tätigkeit erschweren oder unmöglich machen“,* kommentiert die Leiterin des Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz, die Ergebnisse der Umfrage.

### Nachholbedarf bei Korruptionsbekämpfung

Rund zwei Drittel der Bevölkerung (68%) sind mit der Korruptionsbekämpfung der bisherigen Regierung unzufrieden. Mehr als die Hälfte (55%) ist der Meinung, dass die Korruption in der Politik in den letzten drei Jahren zugenommen hat. Ein Drittel sieht keine Veränderung und nur 4% glauben, dass das Ausmaß an Korruption in der Politik gesunken ist.

Knapp die Hälfte der Befragten (48%) ist der Ansicht, dass Korruption „ein fester Bestandteil der Politik ist und sich nicht vollständig beseitigen lässt“. Ein ähnlicher Anteil (47%) sieht Verurteilungen wegen Korruption als ein Mittel, „um unliebsame Politiker:innen auszubremsen“. Überdurchschnittlich häufig vertreten diese Meinungen die Anhänger:innen der ÖVP (jeweils 56%) und der FPÖ (54% und 65%).

12% der Bevölkerung halten ein gewisses Maß an Korruption für akzeptabel, wenn es um wichtige politische Ziele geht - 85% sind gegenteiliger Meinung.

*„In Österreich herrscht Einigkeit darüber, dass Korruption in der Politik durch nichts zu rechtfertigen ist. Gleichzeitig zeigt sich eine gewisse Resignation: Ein großer Teil der Bevölkerung betrachtet Korruption als Bestandteil der Politik und glaubt nicht an eine Lösung“,* meint Fronaschütz abschließend.

Rückfragehinweis:  
Andrea Fronaschütz  
a.fronaschuetz@gallup.at  
Tel. +431 470 47 24-13

Das Österreichische Gallup-Institut  
Lobkowitzplatz 1  
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

*Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, [www.beahasler.at](http://www.beahasler.at)*

\* Gallup-Stimmungsbarometer: Eigenstudie des Österreichischen Gallup-Instituts, 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, Methode: Computer Assisted Web Interviewing (CAWI) im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 17. und 29. Dezember 2024